

Newsletter der FDP im
Kreistag,
Stadtrat,
Gemeinderat



Juni 2019

Kreistag

Der Kreistag steigt nun intensiv in die Planung des Herrschinger Gymnasiums ein. Drei Architekturvorschläge wurden den Kreisräten präsentiert, noch in der Juli-Sitzung soll entschieden werden, welcher Entwurf weiterverfolgt wird. Für uns ist außer der Funktionalität der Schule auch die Anpassung der Architektur in die Umgebung wichtig, sowie die Vermeidung von viel Flächenentnahme des angrenzenden Biotops. Wir werden auch darauf hinweisen, dass schon frühzeitig seitens des Kultusministeriums ein Schulleiter bestellt wird, der die Bauphase intensiv begleitet, damit das „Lernhausmodell“ optimal umgesetzt wird. Weiterhin werden wir Eltern aus Herrsching, Inning, Andechs, Wörthsee und allen Einzugscommunen des neuen Gymnasiums im westlichen Landkreis dazu animieren, ab diesem spätestens aber ab dem kommenden Schuljahr Klassen an den Gymnasien in Gilching und Germering einzufordern, die dann komplett nach Herrsching umziehen können.

Die umfassende Aufgabe, die der Neubau des Gymnasiums mit sich bringt zusätzlich zu den bestehenden weiterführenden Schulen im Landkreis ist es aus Sicht der FDP unbedingt erforderlich im nächsten Kreistag einen Schulausschuss einzurichten.

Gauting

Der sogenannte Bebauungsplan 100, der das Gebiet des AOA-Geländes sowie die dahinterliegende Wiese umfasst, beherrscht die Gespräche der Würmtalgemeinde. Diskutiert wird vor allem die massive Bebauung mit bis zu 270 Wohneinheiten, die uns als zu viel erscheinen. Die FDP fordert hier eine maßvolle Bebauung. Ein wesentlicher Punkt ist auch der geplante Supermarkt auf dem ehemaligen AOA-Gelände. Wir halten diesen für nicht notwendig, da die Versorgung des westlichen Gemeindeteils durch den Pippinplatz sowie den demnächst im Bau befindlichen Vollsortimenter am Bahnhof sichergestellt ist. Eine von uns organisierte Veranstaltung, zu der wir aufgrund vieler Bürgeranfragen eingeladen haben, war sehr gut besucht und zeigt uns, dass dieser Bebauungsplan noch einmal überarbeitet werden muss.

Krailing

Der neue Bürgermeister Rudolph Haux (FDP) hat bereits in seiner ersten Gemeinderatssitzung am 28.05.19 begonnen, alle Bürgerinnen und Bürger mehr als bisher über die Gemeindepolitik zu informieren: Künftig werden die Protokolle der öffentlichen Sitzungen von Gemeinderat und Ausschüssen nach deren Genehmigung auch im Internet verfügbar sein. Zudem wird in jeder Gemeinderatssitzung über Beschlüsse aus nichtöffentlichen Sitzungen informiert, soweit dies

Newsletter der FDP im
Kreistag,
Stadtrat,
Gemeinderat



Juni 2019

gesetzlich zugelassen ist. Diese bei vielen Gemeinden übliche Transparenz konnte erst nach 70 Jahren mit CSU-Bürgermeisterin und -Bürgermeistern durchgesetzt werden.

Die verschobenen Bürgerversammlungen werden nun am 01. Juli 2019 und 02. Juli 2019 stattfinden.

Seefeld

Umfangreiche Diskussionen im Gemeinderat löste der Antrag der Freiwilligen Feuerwehr Meiling aus, ein Löschgruppenfahrzeug zum Preis von 350.000 € anzuschaffen. Es ist unbestritten, dass ein neues Fahrzeug benötigt wird, der Preis soll aber - auch in Anbetracht der ca. 12 Einsätze im Jahr - nochmals hinterfragt werden.

Ungeklärt ist weiterhin die Frage, ob das gemeindliche Grundstück an der Spitzstraße in Hechendorf durch eine Wohnungsgenossenschaft oder das eigene Kommunalunternehmen SeeKU bebaut werden soll. Wir favorisieren die Genossenschaftslösung, da dort Erfahrung bei der Gestaltung des Wohnungsangebots vorliegt und die Gemeinde nicht mit der Vermietungsaufgabe belastet wird. Dagegen stehen hohe Staatszuschüsse für den Bau in Eigenregie.

Nach dem Abriss des alten Bauernhofs beim "Alten Wirt" in Hechendorf wurde ein Konzept für einen Neubau vorgestellt, der neben einem Ladengeschäft Apartments für länger wohnende Gäste vorsieht. Wenn der Plan noch deutlich reduziert wird, damit auch die Stellplatzsituation vernünftig gelöst ist, könnte dies ein deutlicher Fortschritt für die Bebauung dieses Areals sein.

Starnberg

Unser Antrag Zwischenlösungen für die Bahnanlagen am See mit der DB zu verhandeln ist einstimmig angenommen worden. Es bestand im Stadtrat Übereinstimmung, dass jedwede bauliche Veränderung der Bahnanlagen am Bahnhof See mindestens noch 10 Jahre dauern wird, daher sind zwingend Dächer über den Bahnsteigen und ein barrierefreier Zugang zum Bahnsteig provisorisch erforderlich.

Die Vergabe der Reihenhausgrundstücke für den „Wiesengrund“ steht endlich bevor. Die Verwaltung hatte mit etwa 80 konkret zu prüfenden Bewerbungen gerechnet – tatsächlich mussten über 300 Punkt für Punkt geprüft werden! Daran sieht man, wie dringend notwendig bezahlbarer Wohnraum ist! Der nächste Schritt, die Konkretisierung der Mietwohnungen „Am Wiesengrund“ muss im Herbst in Angriff genommen werden.

Zuletzt sollte der Bauausschuss den Vorentwurf für den Bebauungsplan „Gewerbegebiet

Newsletter der FDP im
Kreistag,
Stadtrat,
Gemeinderat



Juni 2019

Schorn“ bestätigen. Alle Unterlagen für die Beschlussfassung zur Herausnahme aus dem Landschaftsschutzgebiet durch den Kreistag liegen bereits dem Landratsamt vor und sollte noch vor den Sommerferien erfolgen. Außer Grüne und SPD herrschte im bisherigen Planungsprozess in den Parteien Konsens. Jetzt scherten Vertreter von CSU und UWG aus und wollen noch eine Runde Bedenkzeit, obwohl das Bebauungsplan –Verfahren gerade erst im Vorplanungsstadium ist, aber ohne Zahlen, die eine maximale Begrenzung darstellen, nicht im Kreistag beraten werden kann. Wir brauchen dringend dieses zukunftsweisende Gewerbegebiet, denn wie soll der Städtische Haushalt je die Kosten, die sich jetzt aus dem Tunnelprojekt herauskristalisieren, je erwirtschaften? Wir werden fraktionsübergreifend alles daran setzen die Terminplanung einzuhalten.

Tutzing

In der Gemeinderatsitzung im Juni gab es zwei erwähnenswerte Themen. Zum einen wurde seitens der Verwaltung und des Gemeinderats diskutiert, inwieweit die Energiewende zu einer Anpassung der baulichen Vorgaben der Gemeinde führen werden. Anlass dafür war die Tektur zum Antrag auf eine Baugenehmigung für den Neubau eines Wohn- und Geschäftshauses in einem Mischgebiet. Geplant ist dort ein Energie-Plus-Haus, also ein Haus, das mehr Energie erzeugt als von den Nutzern verbraucht wird. Im Hinblick auf die Photovoltaiknutzung will der Bauwerber das asymmetrische Satteldach gegen ein solareffizientes Pultdach ersetzen. Dies ist laut Ortsbausatzung eigentlich nicht gewünscht. Angesichts der notwendigen Anstrengungen mit dem Ziel der Energieeinsparung wollte die Mehrheit des Gemeinderats hier mit Blick auf Ortsgestaltung nicht blockieren. In Zukunft werden sich solche Fälle wohl häufiger auf der Tagesordnung des Bauausschusses wiederfinden; eine generelle Diskussion dieser Thematik soll Teil einer Klausurtagung des Gemeinderats sein.

Darüber hinaus wurde von dem Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschuss der Bericht über die örtliche Prüfung der Jahresrechnung 2017 vorgestellt. Die überplanmäßigen Ausgaben in Verwaltungshaushalt und Vermögenshaushalt wurden genehmigt. Der Prüfungsbericht erhält trotz der bescheinigten ordnungsgemäßen Arbeit der Verwaltung folgende wesentliche Punkte: Die Gemeinde gehört zu den finanzschwächsten im Kreis, leistet sich aber hohe Zuschüsse und niedrige Pachten. Insbesondere sind bei ersterem die Zuschüsse und Defizitübernahmen für Kindertageseinrichtungen zu nennen, die zukünftig geprüft werden müssen. Weiterhin ist festzustellen, dass sich die gemeindlichen Immobilien teilweise in einem beklagenswerten

Newsletter der FDP im
Kreistag,
Stadtrat,
Gemeinderat



Juni 2019

Zustand befinden, notwendige Sanierungen verschleppt werden und die Immobilien teilweise deutlich unter Marktwert vermietet oder verpachtet sind. Daher soll der Haupt-, Finanz- und Werkausschuss mögliche Mietanpassungen bzw. die weitere Nutzung frühzeitig und regelmäßig prüfen. Insbesondere steht hier der Pachtvertrag des Midgardhauses im Fokus: Bei diesem Thema ist immer wieder und federführend seitens der FDP eine juristische Prüfung des Vertrags, der Einhaltung von vertraglichen Verpflichtungen und Verboten und eventueller Konsequenzen für den Pächter angefordert worden. Laut Angabe der Verwaltung wird in Kürze mit einem Ergebnis gerechnet.